

Gegen Menschenrechtsverletzungen in Russlands Streitkräften: Die Soldatenmütter St. Petersburg erhalten den Aachener Friedenspreis

Hinterhuber, Eva Maria

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hinterhuber, E. M. (2004). Gegen Menschenrechtsverletzungen in Russlands Streitkräften: Die Soldatenmütter St. Petersburg erhalten den Aachener Friedenspreis. *Russland-Analysen*, 35, 2-4. <https://doi.org/10.31205/RA.035.01>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Analyse

Gegen Menschenrechtsverletzungen in Russlands Streitkräften: Die Soldatenmütter St. Petersburg erhalten den Aachener Friedenspreis

Eva Maria Hinterhuber, Maecenata Institut an der Humboldt-Universität zu Berlin

Zusammenfassung

Der Aachener Friedenspreis ging in diesem Jahr an eine der im Ausland bekanntesten Nichtregierungsorganisationen Russlands: Die unabhängige Rechtsschutzorganisation der Soldatenmütter St. Petersburgs erhielt am 1. September gemeinsam mit der türkischen Menschenrechtsanwältin Eren Keskin die renommierte Auszeichnung. Die Verleiher des Preises wollen damit den Einsatz der Petersburger Soldatenmütter für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure sowie ihren anhaltenden „Widerstand gegen den schmutzigen Krieg in Tschetschenien“ würdigen. Die Aktivitäten der Soldatenmütter vor dem Hintergrund von Menschenrechtsverletzungen in den und durch die russischen Streitkräfte sind Inhalt des vorliegenden Beitrags.

Die ‚gesellschaftliche Bewegung der Soldatenmütter‘, wie die mittlerweile über 100 regionalen Vereinigungen in Russland genannt werden, nahm ihren Anfang im Jahr 1989, als die Lettische Frauenliga erstmals eine Liste von in den Streitkräften gefolterten oder gewaltsam zu Tode gekommenen Wehrdienstleistenden veröffentlicht hatte. In Reaktion darauf begannen Angehörige von Betroffenen Interessensvereinigungen zu gründen, deren Ziel die Verteidigung der Rechte von Wehrpflichtigen, Soldaten und deren Familien war.

Menschenrechtsverletzungen in den russischen Streitkräften

Seit Boris Jelzin im März 1992 die Bildung eines eigenen russischen Verteidigungsministeriums und nationaler Streitkräfte verkündete, hat sich kaum etwas an der Ausgangssituation verändert: Nach Einschätzung des russischen Militärexperten Alexander Golz sind die Streitkräfte in den zwölf Jahren ihres Bestehens „zu einem gewaltigen, wenn nicht zum gravierendsten sozialen und politischen Problem in Russland geworden“. Trotz mehrerer Anläufe gelang es ihnen bislang, dringend notwendige Reformen weitgehend abzuwehren. Die innermilitärische Situation ist nach wie vor von zahlreichen Menschenrechtsverletzungen geprägt: Staatlichen Angaben zufolge werden jährlich 20.000 Soldaten von Militärangehörigen verletzt, 800 sogar tödlich, weitere 1200 kommen aufgrund ‚fahrlässigen Handelns‘ um. Die Soldatenmütterorganisationen gehen von einer doppelt so hohen Dunkelziffer aus.

Dieses Ausmaß an Rechtsverletzungen ist bedingt durch ein informelles, neben der offiziellen Kommandohierarchie existierendes, hierarchisches ‚Statussystem‘, der *dedovschchina*, der ‚Herrschaft der Großväter‘. Die russische Praxis von jährlich zwei Einberufungs-

perioden führt bei einer Dienstzeit von zwei Jahren zur Entstehung von vier ihren Militärdienst parallel, aber zeitversetzt, ableistenden Soldatengenerationen. Dadurch wird die Bildung sich gegeneinander abgrenzender Gruppen begünstigt, wo kürzer Dienende von Dienstälteren gewaltsam unterdrückt und systematisch geschunden werden.

Angesichts dieser Situation ist die Zahl der Wehrpflichtigen, die aufgrund gesetzlicher Regelungen eine Befreiung oder Zurückstellung vom Kriegsdienst erhalten oder sich anderweitig der Einberufung entziehen, in den letzten Jahren drastisch gestiegen und geht in die Zehntausende. Ein ziviler Ersatzdienst stellt bis heute keine Alternative dar: Mit 3,5 Jahren ist dieser fast doppelt so lang wie der Militärdienst, zudem ist er ausschließlich in Einrichtungen des Verteidigungsministeriums abzuleisten.

Auf die mangelnde Komplettierung der Sollstärke reagieren die zuständigen Militärbehörden zunehmend mit illegalen Mitteln, sei es Einberufung ohne vorhergehende medizinische Musterung oder außerhalb der Einberufungstermine in Frühjahr und Herbst oder sogar die gewaltsame Rekrutierung von Wehrpflichtigen.

Die Soldatenmütter St. Petersburgs

In Reaktion auf die innermilitärische Situation wurde im Jahr 1992 die Rechtsschutzorganisation der Soldatenmütter St. Petersburgs gegründet. Die in den Statuten festgehaltenen Nahziele der Organisation sind die „Verteidigung des Lebens, der Gesundheit und bürgerlichen Rechte der Kriegsdienstleistenden, Wehrpflichtigen und Rekruten sowie deren Familienmitglieder, die Hilfeleistung an Familien von Kriegsdienstleistenden, die in der Zeit des tatsächlichen Militärdienstes umgekommen sind oder sich schwere Verletzungen und

Krankheiten zugezogen haben“. Darüber hinaus wollen sie „zur Entwicklung einer Zivilgesellschaft beitragen“, als deren Aufgabe sie die Kontrolle der staatlichen Institutionen, im konkreten Fall der Streitkräfte, erachten. Angesichts der Diskrepanz zwischen Rechtsnorm und -wirklichkeit streben sie außerdem an, mit ihrer Arbeit einen „Beitrag zur Transformation des russischen Staates zu einem Rechtsstaat, in dem Rechte und Freiheit des Menschen Priorität genießen, [zu] leisten“. Auf einer pragmatischen Ebene befürwortet die NGO eine Reform der Streitkräfte im Sinne der Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und ihrer Professionalisierung, darüber hinausgehend betont sie jedoch ihre pazifistische Haltung.

Damit gehören die PetersburgerInnen zu einer Minderheit unter den Soldatenmütterorganisationen: Während sich die Mehrzahl unter Beibehaltung des eigenen Militarismus in ihren Forderungen auf menschenwürdigere Umstände bei der Ableistung des Militärdienstes beschränkt, vertreten nur wenige eine pazifistische Haltung. Diskussionen um diese inhaltlichen Differenzen führen regelmäßig zu Konflikten innerhalb der Soldatenmüttervereinigungen und behindern Kooperationen und Netzwerkbildung. Hinzu kommt die für Russland typische Gruppierung von NGOs um eine charismatische Führungspersonlichkeit, was letztlich auch der Grund auch für eine interne Spaltung der Petersburger Soldatenmütter selbst im vergangenen Jahr gewesen sein dürfte.

Ihren Zielsetzungen entsprechend bietet die Organisation der Soldatenmütter St. Petersburgs kollektive wie individuelle Rechtsberatung und -unterstützung für Kriegsdienstverweigerung bzw. -umgehung und bei Desertion. Deren Inhalte flossen in verschiedene Ratgeber, die mittlerweile russlandweit in Buchform vertrieben werden.

Da sie in Anbetracht der innermilitärischen Situation Desertion nicht als Straftatbestand anerkennt, bemüht sich die Organisation außerdem um den Erhalt einer Überweisung des Betroffenen in ein Militärhospital, um dort eine nachträgliche Frei- oder Zurückstellung von Militärdienst zu erlangen. Bis zur Gerichtsentscheidung stellt sie geheime Unterkünfte und gewährt medizinische, psychologische, materielle und nach Möglichkeit auch finanzielle Hilfestellung.

Angehörigen umgekommener Militärdienstleistender leistet die Organisation Beistand bei der Identifizierung des Toten sowie der Überprüfung der Todesursache und gewährt Unterstützung bei rechtlichen Schritten zur Aufklärung des Vorgefallenen.

Darüber hinaus haben die Soldatenmütter St. Petersburg Zeit ihres Bestehens Zeugnisse von Menschenrechtsverletzungen in den Streitkräften gesammelt, die sie nicht zuletzt in Form von *shadow reports* an internationale Organisationen weiterreichten, um auf diese Weise Druck auf die russische Regierung auszuüben.

Reaktion auf den Tschetschenienkrieg

Seit dem Beginn des ersten Tschetschenienkriegs 1994 wurde eine Erweiterung des Spektrums an Aktionsformen erforderlich. So erarbeiteten die Soldatenmütter St. Petersburg in Zusammenarbeit mit tschetschenischen NGOs Wegbeschreibungen für Betroffene, die ihre Angehörigen aus dem Kriegsgebiet holen wollten. Darüber hinaus veröffentlichten sie laufend Listen von in Tschetschenien Getöteten, Verletzten, Vermissten, Gefangenen.

Bis heute gehört die Petersburger Soldatenmütterorganisation zu den wenigen Stimmen gegen den andauernden blutigen Konflikt und die offizielle Tschetschenienpolitik. Dies ist umso bemerkenswerter, als dass es in Russland keine nennenswerte Anti-Kriegsbewegung gibt. Für ihre über Jahre hinweg im Stadtzentrum durchgeführte wöchentliche Mahnwache gegen den Krieg in Tschetschenien erhält die Organisation seit kurzem allerdings keine Genehmigung mehr.

Gesellschaftliche Bedeutung

Dies werten die Soldatenmütter als weiteren Ausdruck der selektiven Repression zivilgesellschaftlicher Organisationen durch den Staat. Hierzu zählen außerdem ungerechtfertigte Klagen und die vorübergehende Inhaftierung von MitarbeiterInnen, aber auch Einbrüche und die Entwendung von Personendaten über Menschenrechtsverletzungen in den Streitkräften. In ganz Russland existieren im übrigen staatliche oder staatlich kontrollierte ‚Pseudovereinigungen‘, mittels derer manipulierend in die gesellschaftliche Bewegung insgesamt eingegriffen werden soll.

Neben der Bedeutung der Arbeit der Soldatenmütter St. Petersburgs für das Leben des einzelnen Betroffenen haben sie zentral zur Thematisierung von Menschenrechtsverletzungen in den Streitkräften und durch diese beigetragen. Mit ihrer Arbeit fordern sie die noch ausstehende effektive zivile Kontrolle des Militärs ein. Wenn es auch schwierig ist, ihren politischen Einfluss festzumachen, so ist es ihnen, auch über den Umweg über internationale Organisationen, gelungen, Druck auf die verantwortlichen Militärbehörden auszuüben. Zudem leisten sie einen Beitrag

zur Verbreitung der Idee ziviler Konfliktlösung, zumal durch ihren anhaltenden Protest gegen den Krieg in Tschetschenien. Ihr zentrales Verdienst liegt jedoch in ihrer Menschenrechtsarbeit: Dadurch, dass sie die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien einfordern, Rechtsalphabetisierung betreiben und, gestützt durch kosten-

losen Rechtsbeistand, die Betroffenen ermutigen, den Rechtsweg zu beschreiten, tragen sie zur Entwicklung des für eine weitergehende Demokratisierung notwendigen sozialen (Rechts-) Bewusstsein bei.

Redaktion: Heiko Pleines

Über die Autorin:

Dip.-Pol. Eva Maria Hinterhuber ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin und Promovendin an der Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen im Bereich Gender Studies, Dritter-Sektor-Forschung und Transformationsforschung.

Lesetipps:

Hinterhuber, Eva Maria, 1999: Die Soldatenmütter Sankt Petersburg. Zwischen Neotraditionalismus und neuer Widerständigkeit, Münster.

Butenschön, Marianna, 2000: Die „Soldatenmütter von St. Petersburg“. „Schützen wir unsere Söhne“, Bericht des BIOst Nr. 23/2000 (28. August 2000).

Eremitcheva, Galina/Zdravomyslova, Elena, 2001: Die Bewegung der Soldatenmütter – Eine zivilgesellschaftliche Initiative. Der Fall St. Petersburg, in: Martina Ritter (Hg.), Zivilgesellschaft und Gender-Politik in Russland, Frankfurt am Main, 224–248.

Informationen im Internet: www.soldiersmothers.spb.org und www.aachener-friedenspreis.de

Lesetipp:

Die Publikation *Russland auf dem Weg zum Rechtsstaat? Antworten aus der Zivilgesellschaft* ist das erste *Who is Who* der russischen Menschenrechtsbewegung in deutscher Sprache. Das Buch stellt die Situation der Menschenrechte in Russland in unterschiedlichen Gesellschaftsbereichen dar und portraitiert in einem zweiten Teil über zwanzig nichtstaatliche Organisationen aus verschiedenen Regionen des Landes. Darunter sind Gruppen wie Memorial und das Komitee der Soldatenmütter, aber auch in Deutschland weniger bekannte Organisationen.

Russland auf dem Weg zum Rechtsstaat? Antworten aus der Zivilgesellschaft. Aus dem Russischen von Andrea Gotzes. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte, 2003. 239 S. ISBN 3-9808112-7-1

Schutzgebühr 9 Euro

Bestellen lässt sich das Buch über die Homepage des Deutschen Instituts für Menschenrechte:

<http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/>